

A N T R A G

der FDP-Landtagsfraktion

betr.: Ende des Bergbaus festlegen – in den Strukturwandel investieren

Der Landtag wolle beschließen:

Immer wieder werden die im Bergbau Beschäftigten und die vom Bergbau Betroffenen durch Spekulationen, Andeutungen und unklare Aussagen verunsichert (siehe Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Juli). Die saarländische Landesregierung trägt hier eine Mitschuld, denn sie hat es nach sieben Jahren Regierungszeit immer noch nicht geschafft, ein regionales Ausstiegsszenario vorzulegen, um allen Betroffenen Planungssicherheit zu geben. Nun ist es an der Zeit, dass die Landesregierung Farbe bekennt und ein Konzept für einen schnellen Ausstieg aus dem Bergbau mit verbindlichem Datum vorlegt.

Ziel muss es sein, dass der Steinkohlebergbau im Saarland noch vor Nordrhein-Westfalen beendet ist. Dieser Ausstiegsprozess muss mit finanziellen Mitteln des Bundes für die betroffenen Regionen flankiert werden. Denn nur so kann dafür Sorge getragen werden, dass die Umstrukturierung gelingt, indem den betroffenen Regionen zu einem wirtschaftlichen Aufschwung verholfen wird.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung dazu auf,

- ein regionales Ausstiegsszenario für das Saarland mit verbindlichem Datum vorzulegen, damit der Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau noch vor Nordrhein-Westfalen stattfinden kann,
- die eingesparten Steinkohlesubventionen für den Strukturwandel der Bergbauregion im Saarland einzusetzen, um so für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.

Ausgegeben: 11.07.2006